



Institut für Föderalismus  
Institut du Fédéralisme  
Institute of Federalism

**IFF Working Paper Online No 47**

## **Verhandlungssprache Schweizerdeutsch: Vom Gewohnheitsrecht in die Geschäftsordnung eines Deutschschweizer Kantonsparlaments**

NAOMI SHAFER

Mai 2025

Citation: Shafer, N., Verhandlungssprache Schweizerdeutsch: Vom Gewohnheitsrecht in die Geschäftsordnung eines Deutschschweizer Kantonsparlaments, IFF Working Paper Online No 47, Fribourg, Mai 2025.

<https://doi.org/10.51363/unifr.diff.2025.47>

University of Fribourg  
Institute of Federalism  
Av. Beauregard 1  
CH-1700 Fribourg

Phone +41 (0) 26 300 81 25

[www.federalism.ch](http://www.federalism.ch)



**UNIVERSITÉ DE FRIBOURG** FACULTÉ DE DROIT  
**UNIVERSITÄT FREIBURG** RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Die IFF Working Paper Online und andere Publikationen des Instituts für Föderalismus, Freiburg, sind auf der IFF-Website [www.unifr.ch/federalism/de/forschung/](http://www.unifr.ch/federalism/de/forschung/) verfügbar.

© IFF, 2025

Institut für Föderalismus, Universität Freiburg

Avenue Beauregard 1

1700 Freiburg

Schweiz

[federalism@unifr.ch](mailto:federalism@unifr.ch)



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Lizenz veröffentlicht (CC BY 4.0): <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>.

Autorin: Shafer Naomi

Die Beiträge werden im Namen der Autorin veröffentlicht. Ihre Meinung gibt nicht unbedingt die Meinung des Instituts für Föderalismus wieder.

DOI: <https://doi.org/10.51363/unifr.diff.2025.47>

ISSN: 2813-5261 (Online)

## Inhaltsverzeichnis

A) Einleitung.....	1
B) Sprache und Politik auf Kantonsebene .....	2
C) Der Kantonsrat Schwyz (KR SZ) .....	4
D) Verhandlungssprache (Schweizer) Deutsch .....	6
1. Dialekt als Standard .....	6
2. Zur Protokollierung .....	6
3. Sprache in der GOKR .....	8
E) Schluss.....	10
Literaturverzeichnis.....	11

## Abstract

Als Teil eines mehrsprachigen föderalistischen Bundestaates entscheiden in der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Kantone über ihre Amtssprache(n) – und damit auch über die Verhandlungssprache(n) ihrer Legislative. Dabei stehen Kantone mit deutscher Amtssprache vor der Wahl zwischen Standarddeutsch (Schriftsprache) und Schweizerdeutsch (Dialekt). Diese Sprachwahl ist zumeist nicht gesetzlich geregelt. Anders in der Geschäftsordnung des Kantonsrates Schwyz (GOKR). Sie regelt: «Verhandlungssprache ist Deutsch, in der Regel Schweizer Mundart» (§ 73 Abs. 3). Der Beitrag beleuchtet aus sprachwissenschaftlicher Perspektive, wie sich diese Norm in der Praxis manifestiert, welche Herausforderungen sich u.a. für das Protokollieren ergeben und wie das traditionelle Debattieren auf Dialekt im Kantonsrat Schwyz in der revidierten Geschäftsordnung gesetzlich verankert wurde.

## Keywords

Sprache, Mehrsprachigkeit, Schweizerdeutsch, Föderalismus, Politik, Kantonsrat, Schwyz

## A) Einleitung

Als Teil eines föderalistischen mehrsprachigen Bundesstaates obliegt es in der Schweiz den Kantonen, ihre Amtssprache(n) festzulegen (vgl. Art. 70 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV)) – und damit auch die Sprache(n), der sich die Behörden bedienen, wenn sie ihre staatlichen Aufgaben erfüllen (vgl. Belser / Waldmann 2015: 1208). Für Parlamente in der deutschsprachigen Schweiz heisst das: Im mündlichen Sprachgebrauch stehen mit Standarddeutsch («Hochdeutsch») und Schweizerdeutsch, d.h. Dialekt oder (Schweizer) Mundart, zwei Sprachvarietäten als Verhandlungssprache zur Auswahl. In den allermeisten Kantonen – konkret in 13 von 17 einsprachigen Deutschschweizer Kantonsparlamenten – unterliegt der Sprachgebrauch dabei dem Gewohnheitsrecht und ist nicht gesetzlich festgehalten.

Bei vier Kantonen ist es anders: Basel-Stadt, Zürich, Glarus und Schwyz. Letzterer bildet den Schwerpunkt dieses Beitrags. Denn die «Geschäftsordnung des Kantonsrates» Schwyz (GOKR) definiert als «Verhandlungssprache» dezidiert «Deutsch, in der Regel Schweizer Mundart» (§ 73 Abs. 3). Im Folgenden wird die Frage beleuchtet, wie sich diese rechtliche Regelung in der kommunikativen Praxis manifestiert, welche Herausforderungen sie mit sich bringt – und weshalb bei der Totalrevision der GOKR die Verhandlungssprache neu ins Gesetz aufgenommen wurde.

Unter «Verhandlungssprache» wird dabei in Anlehnung an die GOKR die Sprache verstanden, in der die Kantonsratssitzungen mündlich stattfinden. Mit «Schweizerdeutsch» ist Deutschschweizer Mundart oder Dialekt gemeint (z. B. Berndeutsch, Zürichdeutsch), mit «Standarddeutsch» die deutsche Standardsprache, ggf. in Schweizer Ausprägung. «Hochdeutsch», «Schriftdeutsch» oder «Schriftsprache» werden synonym verwendet.<sup>1</sup> Am Beispiel des Schwyzer Kantonsrates fokussiert der Beitrag also auf das Debattieren auf Schweizerdeutsch im politischen Parlamentsbetrieb; eine Thematik, zu der bisher nur punktuelle politolinguistische Fachliteratur vorliegt (vgl. z. B. Steiner 2006 für den Kantonsrat Zürich).

Informationen, Analysen und Interpretationen entstammen einer empirischen qualitativen Fallstudie des Forschungsprojekts «Wie spricht die Schweiz?».<sup>2</sup> Das Projekt «Wie spricht die Schweiz?» widmet sich anhand verschiedener Teilstudien auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene dem Zusammenspiel von Recht, Politik und Mehrsprachigkeit in der Schweiz. Das hier berichtete, sprachwissenschaftlich ausgerichtete Teilprojekt ist auf der mittleren, kantonalen Ebene angesiedelt. Nach einer einschlägigen Literaturrecherche und Dokumentenanalyse (u.a. GOKR, «Wegleitung», Berichte, Protokolle etc.) sowie der punktuellen Kenntnisnahme von Medienberichten wurden im Rahmen nicht-teilnehmender Beobachtungen und leitfadengestützter Befragungen qualitative Daten erhoben und diese interpretativ-explorativ ausgewertet.

---

<sup>1</sup> Aus linguistischer Sicht wird kontrovers diskutiert, inwieweit es sich bei Dialekt und Standarddeutsch um zwei klar abgrenzbare Sprachvarietäten oder gar Sprachen handelt oder ob eher von einem Kontinuum zwischen lokaler Mundart und (schweizerischer oder bundesdeutscher) Hochsprache auszugehen ist – und inwiefern sich die Deutschschweizer Sprachsituation adäquater als diglossisch oder als zweisprachig charakterisieren lässt (vgl. z. B. Haas 2004, Berthele 2004, Hägi/Scharloth 2005, Ruoss/Schröter 2020).

<sup>2</sup> Bei diesem Forschungsprojekt im Rahmen des Mobiliar Clusters für Resilienz an der Universität Freiburg handelt es sich um eine interdisziplinäre Zusammenarbeit des Instituts für Föderalismus und des Instituts für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg / Université de Fribourg unter der Leitung von Prof. Dr. Eva Maria Belser und Prof. Dr. Raphael Berthele (Laufzeit 2024-2026).

Hierbei gilt es zu beachten, dass der Feldzugang der Forscherin sich auf der Öffentlichkeit zugängliche Bereiche beschränkte. Zu dieser «frontstage» (Goffman 1959) zählen Ratsdebatten, damit einhergehende Kaffeepausen oder Apéros sowie als Gespräche organisierten Befragungen von zehn Mitgliedern des Rates. Alle politischen Prozesse und Aktivitäten, die sich nach Goffman (1959) «backstage» abspielen, z. B. Fraktions- und Kommissionssitzungen, Pausengespräche im Gang zwischen Ratssaal und Kaffeemaschine oder telefonische Absprachen, bleiben Öffentlichkeit und nicht-teilnehmender Forschung in der Regel unzugänglich und mussten folglich bei der Datensammlung und -auswertung unberücksichtigt bleiben.

Doch mittels Teilnahme an neun Ratssitzungen – sieben davon im Rathaus Schwyz (März bis Dezember 2024) und zwei Zuschaltungen zum Livestream (Februar und März 2025) – sowie elf Gesprächen mit neun Ratsmitgliedern, dem Staatsschreiber und dem Protokollführer liessen sich am Beispiel des Kantonsrates Schwyz (KR SZ) dennoch politolinguistisch relevante Einblicke in den Zusammenhang zwischen Recht, Sprache und Politik gewinnen, die interessierten Leser:innen hiermit zugänglich gemacht werden sollen (vgl. auch Shafer in Vorbereitung).<sup>3</sup>

## **B) Sprache und Politik auf Kantonsebene**

«Die Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes. Die Kantone bestimmen ihre Amtssprachen.» So regelt es die Bundesverfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 BV). Bei der Festlegung ihrer jeweiligen Amtssprachen sind die Kantone weitgehend autonom (vgl. auch Art. 3 und Art. 47 Abs. 2 BV). Sie können Regeln für Bezirke oder Gemeinden vorsehen, auch Nicht-Landessprachen als (Teil-)Amtssprache einführen oder den Grundschulunterricht in anderen als den Amtssprachen zulassen, z. B. als Immersionsunterricht in einer Fremdsprache (vgl. Belser / Waldmann 2015: 1212).

Die Grenzen für die Ausgestaltung der Sprachenordnung ergeben sich dabei aus den Grundrechten der Sprachenfreiheit (Art. 18 BV) und dem Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV) sowie den Grundsätzen von Art. 70 Abs. 2 Satz 2 BV, der die Kantone anweist, zur Wahrung des Einvernehmens zwischen den Sprachgemeinschaften Rücksicht zu nehmen auf «die herkömmliche sprachliche Zusammensetzung der Gebiete und [...] die angestammten sprachlichen Minderheiten». Im Gegensatz zum Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Art. 5 Abs. 2, Sprachengesetz SpG), das regelt, dass die Bundesbehörden «die Amtssprachen in ihren Standardformen» zu verwenden haben, lässt sich dem «Wortlaut [in der Bundesverfassung] nicht entnehmen, ob auch Dialekte, namentlich die als Schweizerdeutsch bezeichneten alemannischen Dialekte, als vollwertige und gleichwertige Amtssprachen gelten» (vgl. vgl. Belser / Waldmann 2015: 1209).

Für die kantonalen Legislativen bedeutet dies in der Praxis: Die Kantonsparlamente Genf, Jura, Neuenburg und Waadt debattieren auf Französisch, der Tessiner Gran Consiglio auf Italienisch, im Grossen Rat von Graubünden politisiert man dreisprachig (Deutsch, Italienisch, Rätoromanisch), in Bern auf Schweizerdeutsch und Französisch und im Wallis sowie in Fribourg/Freiburg

---

<sup>3</sup> Für wertvolle Anmerkungen zu einer früheren Version dieses Beitrags bedanke ich mich bei Raphael Berthele, Rekha Oleschak und Michael Hediger. Allfällig verbleibende Unzulänglichkeiten liegen in der Verantwortung der Verfasserin. Auch meinen Interviewpartner:innen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

auf Französisch und Standarddeutsch. Wie im Nationalrat ist dabei meist eine Simultanübersetzung verfügbar.

In Bezug auf die sprachliche Handhabung in den kantonalen Parlamenten der 17 Kantone, in denen Deutsch (alleinige) Amtssprache ist, führt das Zusammenspiel von Art. 70 Abs. 2 BV, der die Amtssprachen auf Bundesebene regelt, mit den kantonalen Regelungen zu den Amtssprachen auf Kantonsebene zu einem sprachlichen Flickenteppich – und bildet damit die konstitutive Mehrsprachigkeit der Schweiz im Kleinen ab. So debattieren neun Deutschschweizer Kantone im Dialekt, sieben Kantone auf Standarddeutsch und ein Kanton in beiden Sprachvarietäten. Die Kantone, in dessen Parlament auf Schweizerdeutsch debattiert wird, sind vielfach ländlich geprägt: AI, AR, BL, GL, NW, OW, SO, SZ, UR. Kantone mit grösseren städtischen Zentren und/oder in geografischer Nähe zu Deutschland verhandeln in der «Schriftsprache» (AG, BS, SH, SG, TG, ZG, ZH). Im Kantonsrat Luzern sind beide Sprachvarietäten zugelassen und in Gebrauch.

Festzuhalten gilt: Diese sprachlichen Regelungen – also Dialekt oder Standard – sind in 13 der 17 einsprachigen Deutschschweizer Parlamente offenbar reines Gewohnheitsrecht. Nur in vier Kantonen ist die Verhandlungssprache schriftlich dargelegt: in Basel-Stadt, Glarus, Schwyz und Zürich – je nachdem auf Gesetzes- oder Verordnungsebene, im Geschäftsreglement oder in anderen amtlichen Dokumenten (z. B. in Schwyz in der «Wegleitung für die Mitglieder des Kantonsrates»)<sup>4</sup>. Diese vier Kantone sollen nun etwas genauer betrachtet werden.

Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt regelt (§ 76 Abs. 1): «Amtssprache ist Deutsch». Im kantonalen «Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates» (GO) aus dem Jahr 2006 dagegen finden sich keine darüber hinausgehenden Hinweise zur Amts- bzw. Verhandlungssprache. Jedoch heisst es in den «Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates» (AB) in Abschnitt I. Allgemeine Bestimmungen und Organisation bei §10 Abs. 1: «Die Verhandlungssprache ist Deutsch». Diese Formulierung lässt die Interpretation frei, ob damit Standardsprache oder Mundart gemeint ist oder beides. Genau so war dies während der entsprechenden Beratung im Jahr 2006 von der Legislative auch intendiert: Der Grosse Rat lehnte damals die Spezifizierung «Schriftdeutsch» deutlich ab – mit 76 Nein zu 16 Ja-Stimmen (vgl. Protokoll der 6. Sitzung, Amtsjahr 2006-2007).<sup>5</sup>

Seither, d. h. seit 2006 dominiert im Basel-Städtischen Grossen Rat Standarddeutsch. Das wollte der SVP-Grossrat Alexander Gröflin 2019 mittels Vorstoss «Anzug betreffend mehr Baseldytsch im Grossen Rat» ändern. Der Antragsteller plädierte dafür, dass das «Baseldytsch oder eben ein anderer Dialekt auch im offiziellen mündlichen Parlamentsbetrieb zur Norm werden sollte». Der Anzug wurde am 21. März 2019 im Grossen Rat Basel-Stadt debattiert. Dabei äusserten sich die meisten Votant:innen auf Hochdeutsch, während der Antragsteller Gröflin konsequent auf Dialekt sprach. Doch Gröflins politischer Vorstoss für eine neue Dialektnorm im Basel-Städtischen Grossen Rat wurde in der Schlussabstimmung deutlich abgelehnt (72 Nein-Stimmen, 8 Ja und 9 Enthaltungen).

Auch der Kantonsrat Zürich debattiert auf Standarddeutsch. Nach Steiner (2006) ist dies gewohnheitsrechtlich seit dem Jahr 1983 der Fall. 1999 wurde das Geschäftsreglement des Kantonsrates

---

<sup>4</sup> [https://www.sz.ch/public/upload/assets/2184/Wegleitung\\_fuer\\_die\\_Mitglieder\\_des\\_Kantonsrates.pdf?fp=8#:~:text=Sitzungsdaten%20Die%20Ratsleitung%20legt%20in,in%20der%20Regel%20einen%20Tag,&text=Sitzungsart%20Der%20Kantonsrat%20versammelt%20sich%20im%20Rathaus%20in%20Schwyz](https://www.sz.ch/public/upload/assets/2184/Wegleitung_fuer_die_Mitglieder_des_Kantonsrates.pdf?fp=8#:~:text=Sitzungsdaten%20Die%20Ratsleitung%20legt%20in,in%20der%20Regel%20einen%20Tag,&text=Sitzungsart%20Der%20Kantonsrat%20versammelt%20sich%20im%20Rathaus%20in%20Schwyz)

<sup>5</sup> [https://grosserrat.bs.ch/media/files/ratsprotokolle/vollprotokoll\\_2006-06-28.pdf](https://grosserrat.bs.ch/media/files/ratsprotokolle/vollprotokoll_2006-06-28.pdf)

Zürich revidiert. Im Zuge dessen wurde auf Antrag eines SVP-Kantonsrates Hochdeutsch als Verhandlungssprache im Geschäftsreglement fixiert («Das Wort ... ist grundsätzlich in schriftdeutscher Sprache zu halten»). Auch im 2019 verabschiedeten Zürcher Kantonsratsreglement (KRR) heisst es (§ 52 Abs. 3): «Verhandlungssprache ist Hochdeutsch», wohingegen im Kantonsratsgesetz (KRG) von 2019 keine Aussage zur Verhandlungssprache gemacht wird, was eine untergeordnete Relevanz dieser Fragestellung aus Sicht des Gesetzgebers implizieren kann.

In der Landratsverordnung (LRV) des Landrats des Kantons Glarus steht: «Die Sprache im Landrat ist Deutsch (Mundart oder Schriftsprache). Es wird stehend vom Platz aus gesprochen.» (6.1 Beratung, Art. 93 Abs. 1). In der künftigen, ab Juli 2026 in Kraft tretenden Version wurde dieser Artikel mit identischem Wortlaut beibehalten (GS II A/2/3).<sup>6</sup> Damit erlaubt die Glarner Landratsverordnung Mundart als offizielle Debattiersprache im Kantonsparlament – erklärt diese durch die gewählte Formulierung «Deutsch (Mundart oder Schriftsprache)» aber nicht zur Norm, sondern lässt zumindest rechtlich den Redner:innen die Wahl zwischen Dialekt oder Standard. De facto finden die Debatten wohl in aller Regel auf Mundart statt, wie stichprobenartige Einblicke in das Audiovisuelle Archiv des Glarner Landrates nahelegen.

«Mundart oder Schriftsprache» heisst es also im Glarner Landtag. Im Kanton Schwyz ist die Formulierung etwas normativer: So heisst es in der Geschäftsordnung des Kantonsrates «Verhandlungssprache ist Deutsch, in der Regel Schweizer Mundart» (§73 Abs. 3) und in der «Wegleitung für die Mitglieder des Kantonsrates» (Stand 2020): «In den Ratsdebatten wird Mundart gesprochen» (S. 5). Nach einigen allgemeinen Angaben zum Kantonsrat Schwyz sollen diese Weisungen in Kapitel D) genauer betrachtet werden.

## C) Der Kantonsrat Schwyz (KR SZ)

Der Kantonsrat Schwyz ist die gesetzgebende und oberste aufsichtsführende Behörde des Kantons und besteht aus 100 Mitgliedern (§ 47 der Kantonsverfassung Schwyz, KV).<sup>7</sup> Er ist zuständig für die Gesetzgebung und weitere Aufgaben in den Bereichen Steuern, Revision (Rechnungsprüfung), Wahlen und Aufsicht über Regierung, Verwaltung, Gerichte und die Schwyzer Kantonalbank (§ 47–55 KV). Die 100 Mitglieder werden in geheimen Wahlen durch die Schwyzer Stimmbevölkerung mittels Proporzwahlverfahren für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt.

Der Kanton Schwyz gliedert sich in 30 Gemeinden. Jeder Gemeinde steht mindestens ein Sitz im Kantonsparlament zu (§ 48 Abs. 2 KV). Genauer zur Sitzverteilung regelt das Kantonsratswahlgesetz (KRWG).<sup>8</sup> Die 13 Gemeinden mit den wenigsten Einwohner:innen entsenden je einen Vertreter oder eine Vertreterin. Die restlichen 87 Sitze werden auf die übrigen 17 Schwyzer Gemeinden verteilt – im Verhältnis zur Wohnbevölkerung.<sup>9</sup> So kommt ungefähr die Hälfte der Mitglieder (N=46) aus dem geografisch «inneren» Kantonsteil, die andere Hälfte (N=54) aus dem «äusseren» Teil. Delegierte aus dem «inneren» Kantonsteil vertreten Orte wie den Kantonshauptort Schwyz oder Arth, Ingenbohl und Küssnacht. Die Vertreter:innen aus «Ausserschwyz»

---

<sup>6</sup> [https://gesetze.gl.ch/app/de/texts\\_of\\_law/II%20A%2F2%2F3](https://gesetze.gl.ch/app/de/texts_of_law/II%20A%2F2%2F3)

<sup>7</sup> [https://www.sz.ch/public/upload/assets/7256/100\\_100.pdf](https://www.sz.ch/public/upload/assets/7256/100_100.pdf)

<sup>8</sup> [https://www.sz.ch/public/upload/assets/7257/120\\_200.pdf?fp=4](https://www.sz.ch/public/upload/assets/7257/120_200.pdf?fp=4)

<sup>9</sup> <https://www.sz.ch/behoerden/kantonsrat.html/8756-8758-8799>

kommen aus nördlicher liegenden Gemeinden wie Einsiedeln, Freienbach oder Lachen (Bezirke Einsiedeln, Höfe, March).

Die 100 Abgeordneten der Legislaturperiode 2024-2028 sind zwischen 23 und 69 Jahre alt (Durchschnitt: 48 Jahre). Im Sinne eines Milizparlaments nehmen sie ihr Kantonsratsmandat neben ihrem eigentlichen Beruf wahr – etwa als Juristen oder Anwälte, Landwirte, Informatiker, Autoschlosser, Beamte, Angestellte, Unternehmer, Ärzte oder Lehrer (hier nur in männlicher Form genannt). Im Gegensatz zur Altersspanne und beruflicher Spannweite ist das Schwyzer Parlament homogener, was Geschlecht und Herkunft angeht: In der laufenden Legislaturperiode sitzen 19 Frauen und 81 Männer im Parlament (seit Februar 2025: 20 Frauen und 80 Männer). Namen wie Beeler, Camenzind, Kälin, Kessler, Lüönd, Reichmuth, Ulrich oder Züger, die auf eine Deutschschweizer oder gar Schwyzer Herkunft hindeuten, machen rund 90% aller Nachnamen im Kantonsrat aus – ein Hinweis auf die familiengeschichtliche Verwurzelung der meisten Ratsmitglieder in der Deutschschweiz oder gar im Kanton Schwyz selber.

Das aktuelle Schwyzer Kantonsparlament wird nicht nur von männlichen Mitgliedern mit einem traditionellen Schweizer oder Schwyzer Familienhintergrund geprägt. Es situiert sich politisch auch klar rechts der Mitte. So ist die SVP mit 38 von 100 Sitzen die stärkste Fraktion. Die beiden bürgerlichen Parteien Mitte und FDP haben 23 bzw. 19 Sitze inne. Die beiden kleinsten Fraktionen sind SP/Grüne mit 15 Sitzen (13 SP, 2 Grüne) und Grünliberale (GLP) mit 5 Sitzen.<sup>10</sup> Dieser Schwerpunkt rechts der Mitte macht den Kantonsrat Schwyz zu einem klar bürgerlich-konservativen Parlament – Ausnahmen ausgenommen.

Das Kantonsparlament von Schwyz tagt in der Regel einmal pro Monat (§ 40 Abs. 2 GOKR). Eine Ausnahme bilden die sitzungsfreien Monate Januar, Juli und August. Die Session dauert in der Regel einen Tag, manchmal auch einen halben oder – etwa zu Beginn der neuen Legislaturperiode – zwei Tage. Die Sitzung findet im Rathaus der Kantonshauptstadt Schwyz statt (§ 41 Abs. 1 GOKR). An den Sitzungen nehmen neben den 100 Parlamentsmitgliedern auch alle sieben Mitglieder der Regierung mit beratender Stimme und dem Recht der Antragsstellung teil (§ 46 Abs. 2 GOKR). Nebst dem Staatsschreiber, Protokollführer, zwei Sekretariatsmitarbeitenden sowie dem Standesweibel sind im Ratssaal auch Medienschaffende und Besucher:innen anwesend. Seit Februar 2025 werden die Debatten per Livestream im Internet (YouTube) übertragen.<sup>11</sup>

Sitzungsvorbereitung und Sitzungsleitung liegen in der Verantwortung des Präsidenten des Kantonsparlaments. Dieser oder diese wird stets für ein Jahr aus den Reihen der Ratsleitung gewählt (§ 10 Abs. 2 GOKR). Die Rotation erfolgt dabei im Verhältnis zur Fraktionsgrösse. So hat z. B. die SVP mit aktuell 38 Sitzen in 10 Jahren 4-malig Anspruch auf das Präsidium. Der oder die Präsident/in bereitet die Sitzung in Zusammenarbeit mit dem Staatsschreiber als Sekretär des Parlaments vor und leitet sie. Vorbereitung und Ablauf der Sitzungen regelt die «Geschäftsordnung des Kantonsrates» (GOKR, siehe dort § 40 ff.). Dieses Gesetz, das seit 2020 in Kraft ist, legt mit § 73 Abs. 3 auch die «Verhandlungssprache» des Rates fest – notabene «Deutsch, in der Regel Schweizer Mundart». Im Folgenden wird beleuchtet, was dieser Artikel für die parlamentarische Praxis bedeutet – und auf welchem Weg er 2019 in die totalrevidierte GOKR gekommen ist.

---

<sup>10</sup> <https://www.sz.ch/behoerden/kantonsrat/fraktionen.html/8756-8758-8799-9200>

<sup>11</sup> Ausserordentlich wurden die Ratsdebatten bereits in der Corona-Pandemie per Livestream übertragen. Seit 2025 besteht dafür mit § 59 Abs. 3 GOKR und dem Reglement für den Livestream des Kantonsrates eine gesetzliche Grundlage ([www.sz.ch/public/upload/assets/83169/Reglement\\_fuer\\_den\\_Livestream\\_des\\_Kantonsrates.pdf?fp=2](https://www.sz.ch/public/upload/assets/83169/Reglement_fuer_den_Livestream_des_Kantonsrates.pdf?fp=2)).



## D) Verhandlungssprache (Schweizer) Deutsch

### 1. Dialekt als Standard

Die Sitzungen des Kantonsrates Schwyz sind fast ausschliesslich auf Mundart. Dies dürfte schon lange so sein. So schreibt Dettling (1990): «Trumpf ist ausschliesslich die Mundart. Hochdeutsch ist im Ratssaal verpönt». Auch wenn «verpönt» 35 Jahre später als zu starker Begriff anmutet, gilt die Aussage, dass Mundart «Trumpf» sei, bis heute, und zwar uneingeschränkt: Auch in der letzten und aktuellen Legislaturperiode war und bleibt Dialekt gegenüber der deutschen Standardsprache «Trumpf» – also, weniger salopp gesagt: aktuell, beliebt bzw. von grosser Bedeutung.

Tatsächlich spricht praktisch der ganze Ratssaal durchgehend Schweizerdeutsch: Vom Ratsmitglied über den Ratspräsidenten bis zum Regierungsrat – während der Sitzung und natürlich informell davor und danach sowie in den Kaffeepausen. Eine Ausnahme bildet – unter den dialekt-sprechenden Anwesenden – nur der Staatsschreiber bei seltenen Wortmeldungen, etwa auf Bitte des Ratspräsidenten, einen Gesetzesartikel vorzulesen. Dieser Aufforderung kommt der Staatsschreiber in der Standardsprache nach.

Weitere bewusst intendierte Ausnahmen von der Dialektnorm bilden Redewendungen oder Zitate («Wo ein Wille, da ein Weg») oder Hervorhebungen zu rhetorischen Zwecken durch einige Ratsmitglieder (z. B. vor einer Abstimmung: «Wenn ich ‘Nei’ drucke, isch für mich klar, *es ist beides möglich*» (Standarddeutsch kursiv)). Schriftsprachlich wird ausnahmsweise auch dann gesprochen, wenn etwa Delegationen aus nicht-deutschsprachigen Landesteilen zu Gast sind. Und schliesslich sitzen seit Juni 2024 zwei aus Deutschland stammende Schweizer Bürger:innen im Schwyzer Kantonsrat. Bei ihren Redebeiträgen äussern sie sich auf Standarddeutsch und nicht auf Dialekt – während der Rest des Rates (selbstredend) wie anhin auf Schweizerdeutsch debattiert und legiferiert.

Jedoch handelt es sich um ein besonderes Schweizerdeutsch. Dieses lässt sich mit Hagenbach (1860: 33) als so genanntes «Grossratsdeutsch» bezeichnen und stellt eine Art Zwischenform zwischen dialektalem und standardsprachlichem Sprechen dar (vgl. Siebenhaar / Wyler 1997: 15-16, Schröter 2020: 137-138). «Grossratsdeutsch» zeichnet sich durch folgende Eigenschaften aus: Es ist schriftlich konzipiert und formuliert, ähnelt in Wortschatz und Satzbau der Standardsprache, aber wird mündlich realisiert und ausgesprochen (vgl. Berthele 2019: 402). Sätze wie «Zu de einzelne Aaträäg werded miär üüs zu gegebenem Ziitpunkt üssere» oder «Gemäss em Bricht vode Regiärig isch d Waldflächi [...] wiitgehend konstant» geben einen Eindruck von dieser «Schriftsprache mit Dialektlautung» (Burri et al. 1993, zit. in Hägi / Scharloth 2005: 28) – ebenso sporadische unintendierte Transferphänomene wie «Ziitige, diä under Druck stönd» (Relativpronomen «diä» als Inferenz des hochsprachlichen «die» statt des mundartlich üblichen «wo»).

### 2. Zur Protokollierung

Spräche man im Kantonsrat Schwyz kein «Grossratsdeutsch», sondern Standardsprache, könnte dies die individuelle Vorbereitung der Ratsmitglieder erleichtern, weil Texte oder Notizen während der Sitzung nicht mehr spontan in den Dialekt übersetzt werden müssten. Aber standarddeutsche Ratsdebatten würden auch die Erstellung der Wortprotokolle der Sitzungen vereinfachen.

Dieser arbeits- und damit zeitintensive Prozess verläuft nach mündlicher Auskunft des Staatschreibers und des Protokollführers wie folgt:

Die Ratsdebatten werden aufgenommen und schon in der Sitzung durch eine Sekretärin vorstrukturiert. Eine Schweizer Spracherkennungssoftware überführt die Dialekt-Audio-Aufnahme anschliessend in eine schriftliche standarddeutsche Transkription. Doch der entstandene Rohtext ist noch deutlich mangelhaft. Dies betrifft z. B. Erkennung von Orts- und Familiennamen, traditionellen Ausdrücken oder dem *tel quel* verschriftlichten Satzbau, wie ein inhaltlich unkenntlich gemachtes Beispiel illustrieren soll:

*«Für solche Fragen muss man nicht extra einen Vorstoss uns schicken, wo wir da wieder müssen beantworten. Ich glaube, wir könnten das so bei dem Überwenden in dem Sinn der erste Vorausführung ist gemacht worden, beantragt die Regierung das Geschäft [...]. Sie fahren langfristig so am besten besten Dank.»*

Dieser Rohtext ist mit Rückgriff auf die Audio-Aufnahme umfassend zu überarbeiten. Nach circa einer Woche entsteht so eine erste Fassung des Protokolls. Diese Fassung wird durch den Protokollführer gesichtet und finalisiert. Hierbei sei neben der Korrektheit vor allem der Aspekt der Deckungsgleichheit wichtig: Entspricht der verschriftlichte standardsprachliche Wortlaut möglichst derjenigen Absicht, welche der/die Sprecher:in auf Schweizerdeutsch ausdrücken wollte?

Solche Nuancierungen gelangen nach Auskunft des Staatsschreibers bei der versuchsweise durchgeführten Finalisierung des Rohtextes mittels Künstlicher Intelligenz (KI) bisher unzureichend. Deshalb verzichte man (derzeit noch) darauf, die Protokollierung gänzlich an die KI zu delegieren. Stattdessen werden weiterhin mittels des oben skizzierten aufwändigen Prozesses Wortprotokolle erstellt. Denn es sei erwünscht, dass legislative Debatten wortgetreu verschriftlicht und das Wortprotokoll durch die Ratsleitung genehmigt würden. Nach Auskunft des Protokollführers sei dies als Hilfsmittel für die Gesetzesinterpretation von hoher Relevanz. Denn dank dieses formalisierten Verfahrens und der Approbation durch die Ratsleitung verringere sich der Interpretationsspielraum im Vergleich zu anderen Kantonen, die Debatten nur als Audio- oder Video-Files veröffentlichten. Was den Aufwand minimal verringere, sei die Tatsache, dass das eine oder andere Ratsmitglied seine vorbereiteten Texte nach der Sitzung dem Ratsbüro elektronisch zukommen liessen. Dies unterstütze die Erstellung der Transkription. Das finale Wortprotokoll wird nach circa einem Monat und mit der Unterschrift des Ratspräsidenten und des Protokollführers (§§ 12 Abs. 1 lit. f und § 53 Abs. 1 GOKR) auf der Website des Kantonsrates verfügbar gemacht.<sup>12</sup> Im obigen Beispiel würde der finale Text etwa so lauten:

*«Für solche Fragen muss man uns nicht eigens einen Vorstoss, den wir dann wieder beantworten müssen, zukommen lassen. Ich glaube, wir können es damit bewenden lassen. In diesem Sinn beantragt Ihnen die Regierung, das Geschäft [...]. Sie fahren langfristig so am besten. Besten Dank.»*

---

<sup>12</sup> Die Audio-Aufnahmen der Sitzungen werden nicht veröffentlicht. Sie können aber ggf. auf Anfrage auf der Staatskanzlei eingesehen werden. Die neuen Livestreams bleiben auf YouTube fünf Jahre verfügbar.

### 3. Sprache in der GOKR

In der Geschäftsordnung des Kantonsrates Schwyz aus dem Jahr 1977 steht nichts zum Thema Sprache. Demgegenüber wird in der neuen, totalrevidierte Fassung von 2019 in § 73 Abs. 3 festgehalten: «Verhandlungssprache ist Deutsch, in der Regel Schweizer Mundart». Im Folgenden wird – so gut es aus der Aussensicht möglich ist – nachgezeichnet, wie es zu diesem neuen Gesetzesartikel kam.

An seiner Sitzung vom 14.09.16 debattierte der Kantonsrat Schwyz die Motion M 18/15 «Totalrevision der Geschäftsordnung für den Kantonsrat», die der damalige Freienbächler SP-Kantonrat Luka Markic eingereicht hatte. Markics parlamentarischer Vorstoss wurde mit 93 zu 0 Stimmen erheblich erklärt und damit die Ratsleitung beauftragt, das Reglement umfassend zu überarbeiten.<sup>13</sup> Denn wie der damalige Kantonsratspräsident Peter Steinegger in seinem Eintretensreferat erklärte, handle es sich bei der Geschäftsordnung des Kantonsrates um einen wichtigen «Erlass, [der] regelt, wie wir heute und in Zukunft hier im Kantonsratssaal politisieren und Lösungen finden zum Wohl unseres Kantons» (vgl. Wortprotokoll vom 17.04.19).

Ausgangspunkt der Totalrevision war die Geschäftsordnung aus dem Jahr 1977. Der in der Tendenz konservativ geprägten Grundhaltung des Kantons Schwyz entsprechend, sollte dabei möglichst viel und Bewährtes beibehalten, bei Handlungsbedarf aber eine entsprechende Aktualisierung vorgenommen werden. So sollte der Ratsbetrieb inhaltlich nicht verändert und insbesondere nicht erschwert, sondern lediglich aktualisiert werden.

Die Beschlussprotokolle der diesbezüglichen Ratsleitungssitzungen unter Leitung des CVP-Ratspräsidenten Peter Steinegger (Schwyz) sind aufgrund des Kommissionsgeheimnisses nicht öffentlich einsehbar. Die Debatte lässt sich aber mittels Bericht und Vorlage der Ratsleitung vom 13.03.19 in Grundzügen rekonstruieren.<sup>14</sup> Für den vorliegenden Beitrag ist dabei u. a. Abschnitt 4.2.7 «Festhalten an der Verhandlungssprache» (S. 10) relevant. Hier wird die Ausgangslage wie folgt geschildert:

*«Heute schreiben zahlreiche Mitglieder des Kantonsrates ihre Voten in Schriftsprache vor, halten sie in Mundart und für das Protokoll müssen die gesprochenen Inhalte wieder auf Schriftsprache 'übersetzt' werden. Die Ratsleitung hat die Totalrevision zum Anlass genommen, um auch mit Blick auf eine allfällige Optimierung im Zusammenhang mit der Protokollführung zu klären, ob Bedarf besteht, die Verhandlungssprache zu ändern.»*

Es folgen mehrere Argumente für und wider Änderung der Debattiersprache – eine Optimierung der Vorbereitung und Protokollierung, die Vertrautheit von Mundart als Debattensprache oder das Erschweren einer spontanen Debatte im Rat durch die Schriftsprache:

*«Hochdeutsch kann zu einigen Erleichterungen bei der Vorbereitung der individuellen Voten und bei der Protokollierung führen. Der Rat ist hingegen gewohnt, in Mundart zu sprechen. Mit Hochdeutsch könnte allenfalls die spontane politische Diskussion im Rat erschwert werden. Hochdeutsch würde hingegen den Einsatz einer automatischen Protokollierungssoftware ermöglichen.*

---

<sup>13</sup> [https://www.sz.ch/behoerden/kantonsrat/geschaeft/geschaeft-detailseite.html/8756-8758-8799-9210-9211/geschaeft\\_guid/8e4bfeace5e64fe4a5ff307e9025dc92](https://www.sz.ch/behoerden/kantonsrat/geschaeft/geschaeft-detailseite.html/8756-8758-8799-9210-9211/geschaeft_guid/8e4bfeace5e64fe4a5ff307e9025dc92)

<sup>14</sup> [https://www.sz.ch/behoerden/kantonsrat/ratsleitung/geschaeft-ratsleitung.html/8756-8758-8799-9147-9150/geschaeft\\_guid/edf5f75abbf547cfbaac7224e963509b](https://www.sz.ch/behoerden/kantonsrat/ratsleitung/geschaeft-ratsleitung.html/8756-8758-8799-9147-9150/geschaeft_guid/edf5f75abbf547cfbaac7224e963509b)

*Wenn kein Wortprotokoll mehr erstellt werden müsste, würde sich ein Sprachwechsel auch nicht aufdrängen.»*

Zum Schluss wird der Entscheid der Ratsleitung begründet, an Dialekt festzuhalten:

*«Nach Abwägung dieser Erwägungen verzichtete die Ratsleitung darauf, dem Kantonsrat Antrag auf Änderung der Verhandlungssprache zu stellen. Die Meinungen in der Ratsleitung waren geteilt und der Beschluss erfolgte mit knappem Ergebnis. In Anbetracht des knappen Ergebnisses hat sich die Ratsleitung entschieden, dies im vorliegenden Bericht offen zu legen.»*

Bei den Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen wird zum § 73 «Eröffnung, Präsenzkontrolle, Sprache» (S. 36) das Vorgehen noch einmal wie folgt präzisiert:

*«Nachdem sich die Ratsleitung eingehend mit der Verhandlungssprache auseinandergesetzt hatte, hat sie beschlossen, einen zusätzlichen Abs. 3 aufzunehmen, um die Verhandlungssprache zu regeln.»*

Danach werden die bereits angeführten Argumente wiederholt (S. 36), d. h. das Verfassen schriftsprachlicher Voten, das Vortragen der Voten auf Dialekt und die Rückübersetzung für das Protokoll. Aus diesem Grund heisst es weiter, ...

*«...wurde die Umstellung der Verhandlungssprache auf Hochdeutsch in Erwägung gezogen. Gegen die Umstellung sprachen die jahrzehntelange Praxis und die vertrautere Ausdrucksmöglichkeit in Schweizer Mundart. Die Argumente gegen die Sprachumstellung überwiegen nach Auffassung einer Mehrheit der Ratsleitung, so dass im Kantonsrat weiterhin Schweizer Mundart gesprochen werden soll, wobei Schriftsprache ebenfalls zulässig ist.»*

Es soll also an Dialekt festgehalten werden, aber Hochdeutsch soll ebenfalls erlaubt sein.

Zusammengefasst: Im Rahmen einer Auslegeordnung gesetzlicher Handlungsspielräume wurde bei der Totalrevision der Geschäftsordnung die Frage eingebracht, ob man an Mundart als Verhandlungssprache festhalten oder zu Standarddeutsch wechseln wolle – und ob diese Regelung neu gesetzlich verankert werden sollte. Hochdeutsch hätte dabei den Protokollierungsprozess erleichtert, aufgrund der Mundarttradition aber die politische Teilnahme einiger Mitglieder erschwert. Die intensiv geführte Diskussion mit geteilten Meinungen und knappem Abstimmungsergebnis verlief dabei offenbar weniger entlang Parteigrenzen als nach (nicht-)akademischem Hintergrund der Kommissionsmitglieder. Letztlich einigte man sich auf den Wortlaut «Verhandlungssprache ist Deutsch, in der Regel Schweizer Mundart» (§ 73 Abs. 3 GOKR).

Nach acht Ratsleitungssitzungen zur Erarbeitung des neuen Kantonsratsgesetzes ging dieses in die Vernehmlassung. In den online greifbaren Stellungnahmen (SP, CVP/Mitte, FDP) finden sich keine Anmerkungen zur Verhandlungssprache. Im April 2019 wurde das Geschäft im Kantonsrat beschlossen und die neue GOKR verabschiedet (vgl. Wortprotokoll 17.04.19). Offensichtlich war in der Ratsdebatte der neue Gesetzesartikel dezidiert kein Thema – jedenfalls finden sich im Wortprotokoll keine Wortmeldungen dazu.

## **E) Schluss**

Dieser Beitrag widmete sich der Verhandlungssprache(n) Deutschschweizer Kantonsparlamente. Am Beispiel des Kantonsrates Schwyz wurde erläutert, wie politisches Handeln, Verhandeln und Debattieren auch auf Dialekt möglich sind, welche Herausforderungen die Protokollierung mit sich bringt und wie bei der Totalrevision der Geschäftsordnung die Frage besprochen wurde, ob man von der traditionellen Verhandlungssprache Dialekt zu Standarddeutsch wechseln wolle, um den Protokollierungsprozess zu erleichtern. Doch das Festhalten an der bisherigen Gewohnheit von Dialektdebatten setzte sich in der Ratsleitung durch und war damit auch im Rat selber kein Thema. So debattieren der Kantonsrat Schwyz und acht weitere Parlamente in einsprachig deutschsprachigen Kantonen auch künftig weiter auf Schwyzerdütsch — und versinnbildlichen damit auf sprachlicher Ebene die föderalistische Vielfältigkeit der schweizerischen Politiklandschaft.

## Literaturverzeichnis

- Belser, E. M. & Waldmann, B., Kommentar zu Art. 70 BV, in B. Waldmann/E. M. Belser/A. Epiney (eds.), *Basler Kommentar, Bundesverfassung*, Basel: Helbing Lichtenhahn, 2015, 1201–1219.
- Berthele, R., Vor lauter Linguisten die Sprache nicht mehr sehen. Diglossie und Ideologie in der deutschsprachigen Schweiz, in H. Christen (ed.), *Dialekt, Regiolekt und Standardsprache im sozialen und zeitlichen Raum*, Wien: Edition Praesens, 2004, 111–136.
- Berthele, R., Alemannisch und der Deutschunterricht. Schweizerdeutschdebatten in der Schweizer Schule seit 1950, *Linguistik Online*, 98, 2019, 387–409. <https://doi.org/10.13092/lo.98.5945>.
- Dettling, T., Der Kantonsrat von Schwyz, in P. Stadlin (ed.), *Die Parlamente der schweizerischen Kantone = Les parlements des cantons suisses*, Zug: Kalt-Zehnder, 1990, 267–76.
- Goffman, E., *The presentation of self in everyday life*, New York: Doubleday, 1959.
- Haas, W., Die Sprachsituation der deutschen Schweiz und das Konzept der Diglossie, in H. Christen (ed.), *Dialekt, Regiolekt und Standardsprache im sozialen und zeitlichen Raum*, Wien: Edition Praesens, 2004, 81–110.
- Hagenbach, K. R., Ueber die Stadt-Baselsche Mundart, in F. Becker (ed.), *J. P. Hebel. Festgabe zu seinem hundertsten Geburtstage*, Basel: Schweighauser, 1860, 335–342.
- Hägi, S. & Scharloth, J., Ist Standarddeutsch für Deutschschweizer eine Fremdsprache? Untersuchungen zu einem Topos des sprachreflexiven Diskurses, *Linguistik online*, 24 (3), 2005, 19–47.
- Ruoss, E. & Schröter, J. (eds.), *Schweizerdeutsch: Sprache und Identität von 1800 bis heute*, Basel: Schwabe, 2020.
- Siebenhaar, B. & Wyler, A., *Dialekt und Hochsprache in der deutschsprachigen Schweiz*, 5. Aufl., Zürich: Pro Helvetia, 1997.
- Schröter, J. (2020), Schweizerdeutschpflege und nationale Sprachemanzipation. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, in E. Ruoss/J. Schröter (eds.), *Schweizerdeutsch: Sprache und Identität von 1800 bis heute*, Basel: Schwabe, 136–172.
- Steiner, M., «ja wäme so lang redt, dänn chamä scho mal gähne.» Analyse einer Parlamentsdebatte im Zürcher Kantonsrat, in C. Dürscheid/M. Businger (eds.), *Schweizer Standarddeutsch: Beiträge zur Varietätenlinguistik*, Tübingen: G. Narr, 2006, 281–99.